

Josef Ender

Sprecher des Aktionsbündnis Urkantone und der Kampagne «Covid-Verschärfungen Nein»

Immer wieder bin ich überwältigt, wenn mir bewusst wird, wie viele Menschen hinter den Bürgerrechtsbewegungen und dem Referendumskomitee stehen. Jedem Einzelnen gebührt grosser Dank. Jeder der mitgeholfen hat, die 187'433 Unterschriften zu sammeln, jeder der die Kampagne finanziell oder mit persönlichem Einsatz unterstützt, alle die uns aufmunternde und dankbare Briefe und E-Mails schreiben. Ganz herzlichen Dank an alle, die uns unterstützen!

Das Referendumskomitee steht ein für Freiheit und Selbstbestimmung. Gegen Spaltung und Diskriminierung. Die Verschärfungen im Covid-19 Gesetz richten sich gegen die Freiheit, schaffen eine schreckliche Zweiklassengesellschaft und diskriminieren Teile der Bevölkerung.

In den Verschärfungen des Covid-19 Gesetzes wird eine Massenüberwachung gefordert durch ein:

«umfassendes, wirksames und digitales Contact-Tracing»

(Art. 3 Abs. 7 Buchstabe a).

(Art. 3b Der Bund stellt ein schweizweit funktionierendes Test- und Contact-Tracing-System sicher.)

Viele werden jetzt vermuten: Ah, das ist die Covid-19 App, die jeder freiwillig installieren kann. Um die geht es aber hier nicht. Von «freiwillig» steht gar nichts im Gesetz. Im Gegenteil: Laut Gesetz muss der Bund eine komplette digitale Überwachung aller Personen in der Schweiz umsetzen.

Er muss jeden Personenkontakt aufzeichnen und speichern.

Der Bund muss also laut Gesetz jeden verpflichten, permanent ein elektronisches Ortungsgerät auf sich zu tragen.

Wer auf diese Daten Zugriff hat ist im Gesetz nicht geregelt, Datenschutz wird nicht einmal erwähnt.

Oft hört man: ich habe nichts zu verstecken. Aber die meisten Leute haben Schlösser an der Haustür und schliessen ihr Auto ab. Nicht weil sie etwas zu verstecken haben, sondern weil Sie etwas schützen wollen. Auch die Bewegungsdaten sind schützenswert und der beste Schutz ist, sie gar nicht aufzuzeichnen.

Kürzlich wurde bekannt, dass der Bund Daten in ausländische Cloudspeicher auslagern will. Es ist gut möglich, dass unsere persönlichen Aufzeichnungen sogar in einer chinesischen Cloud gespeichert werden.

Das Covid-19 Gesetz fordert den totalen Überwachungsstaat. Schlimmer, als es George Orwell in seinem Roman 1984 darstellte.

Bemerkenswert ist auch, dass eine WHO-Studie von 2019 zu Massnahmen gegen Grippepandemien zum Schluss kam, dass Kontaktverfolgung (neudeutsch Contact-Tracing) aus medizinischer Sicht «unter keinen Umständen zu empfehlen» ist.

Ein weiterer kritischer Punkt ist der Artikel 1a: Der Bundesrat legt die Kriterien und Richtwerte für Einschränkungen und Erleichterungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens fest.

Der Bundesrat wird ermächtigt, allein über Verschärfungen und Lockerungen der Massnahmen zu bestimmen. Diese Machtausweitung bedeutet eine weitere Verschiebung der Macht vom Parlament und Souverän hin zur Regierung. Das ist undemokratisch und gefährlich.

Dass der Bundesrat diese Macht missbraucht, ist leider jetzt schon Tatsache.

Im Covid-19 Gesetz steht: Ist der impfwillige erwachsene Teil der Bevölkerung ausreichend geimpft, so sind die Kapazitätsbeschränkungen aufzuheben.

Der Bundesrat hat in der Medienmitteilung vom 21. April versprochen daran festzuhalten, auch wenn die Impfbereitschaft der Bevölkerung entgegen den Erwartungen tief bleibt:

Normalisierungsphase: Aufhebung der Massnahmen

Sind alle impfwilligen erwachsenen Personen vollständig geimpft, beginnt die Normalisierungsphase. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass dann keine starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einschränkungen mehr zu rechtfertigen sind. Die verbleibenden Massnahmen (Zugangs- und Kapazitätsbeschränkungen) sollen schrittweise aufgehoben werden. An dieser Strategie soll auch dann festgehalten werden, wenn die Impfbereitschaft der Bevölkerung entgegen der Erwartungen tief bleibt.

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-83199.html>

Der Bundesrat hält sich nicht an sein Versprechen, viel schlimmer noch: Er verstösst gerade mit der Zertifikatspflicht sogar gegen das Covid-19 Gesetz.

Was passiert eigentlich mit Leuten, die gegen das Covid-19 Gesetz verstossen?

Dieser Punkt zeigt sehr eindrücklich, dass es keine gute Idee ist, die Macht allein auf den Bundesrat zu konzentrieren. Eine Kontrolle ist zwingend nötig. Mit einem Nein zu den Covid-19 Verschärfungen können wir diese gefährliche Machtkonzentration verhindern.

Wo wir gerade beim Bundesrat sind: Ich bin sehr enttäuscht, dass der Bundesrat an der Medienkonferenz zur Abstimmung versuchte, das Volk mit Falschmeldungen erneut zu erpressen. Er behauptet: Wichtige Finanzhilfen würden bei einem Nein hinfällig.

Richtig ist jedoch: Praktisch alle Finanzhilfen laufen per Ende 2021 bzw. per Ende März 2022 aus, egal ob am 28. November Ja oder Nein gestimmt wird.

Für mich persönlich ist es schon seit Beginn der Zwangsmassnahmen eine Herzensangelegenheit, mich gegen unverhältnismässige Einschränkungen unserer Verfassungsrechte einzusetzen.

Spätestens jetzt sollte für alle aufrechten Eidgenossen der Zeitpunkt gekommen sein, Nein zu sagen zur Massenüberwachung, Nein zur Diskriminierung, Nein zur Zweiklassengesellschaft, Nein zu den Verschärfungen im Covid-19 Gesetz. Ja für eine freie Schweiz!